

Grußwort

der Staatssekretärin für Gesundheit

anlässlich der Fachtagung
„...nicht so greifbar und doch real“
der Lesbenberatung Berlin e.V. /LesMigraS
am 21.9.2012



Sehr geehrte Frau Lüders,
sehr geehrte Frau Apfelbacher,
sehr geehrte Frau Jacobowski,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zur Ihrer Fachtagung zum Thema Gewalt- und (Mehrfach-) Diskriminierungserfahrungen lesbischer/ bisexueller Frauen und Trans in Deutschland. Dazu übermittle ich Ihnen die herzlichsten Grüße und wünsche allen eine interessante und ergebnisreiche Diskussion.

Vor allem freue ich mich dass Sie mit dieser Veranstaltung ein bisher immer noch aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängtes Problem aufgreifen. Das begrüße ich ausdrücklich, weil die Auseinandersetzung mit diesen Fragen seit langem überfällig ist. Doch wenn wir Antidiskriminierung, Antigewaltarbeit und Opferschutz wirklich ernst nehmen wollen, dann muss auch dieses Thema aus dem „Nischendasein“ heraus und breit kommuniziert werden. Diesen Aspekt betone ich insbesondere auch deshalb, weil meinem Hause die Federführung für die Implementierung eines umfassenden Netzwerkes gegen sexuelle Gewalt übertragen wurde. Für dieses Netzwerk brauchen wir auch dringend Ihr Expertenwissen und Ihre Mitarbeit.

Dass dieses Expertenwissen jetzt durch die vorliegende Studie ergänzt und erweitert wird, ist auch für unsere Antidiskriminierungs- und Antigewaltarbeit von großer Bedeutung, lässt sie doch bei der relativ großen Anzahl von Berliner Teilnehmerinnen auch Schlussfolgerungen für die Situation in unserer Stadt zu. So können jetzt zuverlässige Aussagen darüber getroffen werden, in welchen Bereichen sich lesbische/bisexuelle Frauen und Trans insbesondere Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen ausgesetzt sehen, wo sich besondere Gefahrenräume befinden, welcher Unterstützungs- und Beratungsbedarf gebraucht wird und ob die bisherigen Konzepte für die Antigewaltarbeit ausreichen. Ergebnis für mich ist, dass Politik, Verwaltung und Träger Konzepte, Bedarfe und Strukturen überdenken müssen, weil offensichtlich Menschen, die rassistischen, sexistischen und Trans*Diskriminierung ausgesetzt sind, in allen Bereichen Benachteiligung, Demütigung und Herabsetzung erleben. Erschreckt hat mich dabei, dass sich die Betroffenen eigentlich nirgendwo sicher fühlen und sicher sein können, selbst nicht an lesbisch/bisexuellen Orten, denn immerhin machten dort fast 30 % der Befragten ebenfalls Diskriminierungserfahrungen.

Es ist jetzt an uns allen, die in Politik und Gesellschaft Verantwortung tragen, die Studie intensiv auszuwerten und die richtigen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Antigewaltarbeit im Land Berlin umzusetzen. Dazu gehört auch, dass öffentlich für mehr Akzeptanz gegenüber Menschen geworben werden muss, die eigentlich nur sie selbst sein möchten. Ich bin mir sicher, dass Ihre Veranstaltung dazu beitragen wird.



Emine Demirbükten-Wegner